

Kommentar



Antje Höning
zu den Plänen der Ampel
für eine Wärmewende

Plumpes Verbotsgesetz hilft nicht weiter

Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hat recht: Die Wärmewende muss jetzt beginnen. Lange ist bei Immobilien in Sachen Klimaschutz nichts geschehen, der Sektor verfehlt erneut die Klimaziele. So wird das nichts mit dem Ziel, die Erderwärmung zu stoppen und dramatische Folgen wie eine Zunahme von Hitzewellen und Überflutungen zu verhindern. Doch das Heizungsgesetz, mit dem Habeck nun die Wärmewende erzwingen will, ist allen Nachbesserungen zum Trotz ein plumpes Verbotsgesetz geworden, das Eigentümer und Mieter überfordert, ein Etikettenschwindel ist und klimapolitisch unsinnig dazu.

Stichwort Überforderung: Die Vorgabe, dass ab 2024 neue Heizungen mit mindestens 65 Prozent erneuerbarer Energie betrieben werden, läuft auf ein faktisches Verbot von Gas- und Ölheizungen hinaus. Denn Fernwärme gibt es nicht überall, zudem ist sie meist überverteuert. Damit bleibt die Wärmepumpe, die Zehntausende Euro kostet und monatelange Lieferfristen hat. Ausnahmen für über 80-Jährige ändern daran nichts und sind willkürlich gesetzt. Dass die Wärmepumpe für Mehrfamilienhäuser noch nicht ausgereift ist, hat Habeck immerhin eingesehen und eine längere Übergangsfrist ermöglicht. Dass die Koalition weiter keine Details zu Finanzhilfen nennt, zeigt, wie sie die Sorgen der Bürger missachtet.

Stichwort Etikettenschwindel: Auf Druck der FDP lässt Habeck zwar zu, dass weiter Gasheizungen eingebaut werden dürfen, wenn sie mit grünem Wasserstoff laufen können. Das hört sich nach Technologieoffenheit an, ist es aber nicht. Denn die Infrastruktur für das grüne Gold steht noch lange nicht. Selbst in Habecks Haus geht man nur von einer Lösung für Einzelfälle aus.

Stichwort Klimapolitik: Wegen des nahenden Verbotes gibt es einen Run auf Gaskessel. Habeck heizt die Nachfrage fossiler Heizungen noch mal so richtig an, was klimapolitisch kontraproduktiv ist. Dass er Biomasse-Heizungen in Bestandsbauten weiter erlauben will, ist ebenso unsinnig – das Umweltbundesamt hält aus guten Gründen nichts von Pellets, für die Wälder fallen.

Beim Heizungsgesetz trifft sich eine unselige Koalition: Grüne, die naive Klimapolitik mit der Brechstange erzwingen wollen, eine SPD, die noch nie die Partei der Hauseigentümer war, und eine FDP, deren Kraft zur Verhinderung von ökonomischem wie ökologischem Unsinn nicht ausreicht. Die Ampel wäre gut beraten, die Bevölkerung bei der Wärmewende mitzunehmen. Klimaschutz ist zu wichtig für dilettantische Politik.

E-Mail: antje.hoening@rhein-zeitung.net

Presseschau

Neben Verdi streikt am Freitag auch die Bahngewerkschaft EVG.

Pforzheimer Zeitung

Deutschland wird immer mehr zur blockierten Republik. Die Inflation führt zu großer Entschlossenheit und Kampfbereitschaft der Arbeitnehmer. Die Bahn macht es sich zu einfach, wenn sie der EVG den Schlichterspruch aus dem öffentlichen Dienst vorlegt. Die Gewerkschaft will eigene Akzente setzen und bahnspezifische Themen diskutieren. Das ist ihr gutes Recht. Dennoch könnte und sollte der Spruch der Schlichter grobe Richtschnur für die Tarifrunde bei der Bahn sein.



Indien wird China demnächst als bevölkerungsreichstes Land der Welt ablösen. Das Foto zeigt Menschen in Indien bei den Feierlichkeiten zum Holi, dem hinduistischen Fest der Farben.

Foto: Rachen Sageamsak/Xinhua / dpa

Jeder Dritte ist Inder oder Chinese

Wie sich die weltweite Bevölkerung entwickelt und wie die Politik auf Überalterung reagiert

■ Neu-Delhi/Peking. Jeder Dritte der rund acht Milliarden Menschen der Welt kommt aus China oder Indien. Dort leben je rund 1,4 Milliarden. Und lange war China die Nummer eins mit der größten Bevölkerung der Welt. Nun soll die Bevölkerungszahl Indiens nach Schätzungen des UN-Bevölkerungsfonds UNFPA für die Mitte des Jahres höher sein als die von China, wie aus Daten des UN-Weltbevölkerungsberichts hervorgeht. In Indien sollen dann 1,4286 Milliarden Menschen leben, in China 1,4257.

Doch wann Indien China genau ablöst, könne niemand sagen, heißt es bei den Vereinten Nationen. Demnach fehlen schlicht die genauen Daten. In Indien beispielsweise stammen die Zahlen der letzten Volkszählung aus dem Jahr 2011.

Das Bevölkerungswachstum Indiens dürfte aber angesichts seiner überwiegend jungen Bevölkerung noch mehrere Jahrzehnte andauern. Chinas Bevölkerung hingegen schrumpfte im vergangenen Jahr erstmals seit Jahrzehnten und dürfte das auch weiter tun. Die Volksrepublik hatte laut ihrem Statistikamt Ende des Jahres nur noch 1,411 Milliarden Einwohner und damit rund 850 000 weniger als ein Jahr

zuvor. Auf den Überschuss an Werktätigen, der Chinas Wirtschaftswunder als „Werkbank der Welt“ angekurbelt hatte, werde Arbeitskräftemangel folgen, warnen Experten.

Indien hat derzeit noch deutlich mehr junge als alte Menschen, mehr potenziell Werktätige, die die Wirtschaft voranbringen könnten. Indische Politiker haben diese Tatsache immer wieder als „demografische Dividende“ bezeichnet, als Booster für die Wirtschaft und als Chance, die Lebensumstände von Millionen zu verbessern. Aber noch gibt es für die vielen Menschen zu wenige Jobs – und die Schaffung von neuen ist eine der größten Herausforderungen für die Regierung von Premierminister Narendra Modi.

Angeblich soll das religiöse Gleichgewicht geändert werden

Das Bevölkerungswachstum wird auch immer wieder gern von Populisten ausgenutzt. In dem mehrheitlich hinduistischen Indien werben beispielsweise radikalere Hindus der muslimischen Minderheit vor, sie zeuge mit Absicht mehr Kinder und wolle das religiöse Gleichgewicht ändern. Angesichts antizipierter Probleme haben beide Länder Bemühungen unternom-

men, ihr Bevölkerungswachstum zu verlangsamen – und beide asiatischen Nationen haben dies geschafft.

Indien hat seit 1952 ein entsprechendes Programm lanciert – und die Menschen dazu aufgerufen, kleine Familien zu haben. Eine klar vorgeschriebene Politik wie etwa Chinas „Ein-Kind-Politik“ gab es in dem Land jedoch nie. Das Programm scheint geholfen zu haben, die Geburtenrate zu senken. Inzwischen haben Inderinnen nach offiziellen Zahlen noch 2,0 Kinder im Durchschnitt. Auch nutzen nach Regierungsangaben rund zwei Drittel der Paare Verhütungsmittel. Diese sind in Indien kostenlos erhältlich. Für Sterilisationen gibt es sogar finanzielle Anreize vom Staat. Früher wurden Menschen in dem Land teils zur Sterilisierung gezwungen.

Chinesinnen haben im Schnitt nur noch 1,18 Kinder, heißt es von offizieller Seite. Die Auswirkungen der seit 1979 verfolgten „Ein-Kind-Politik“ werden nun immer spürbarer. Die Aufhebung der umstrittenen Geburtenkontrolle führte 2016 nur kurz zu einem leichten Anstieg der Geburten. Die hohen Kosten für Wohnraum, Bildung und Gesundheitsversorgung sowie die

schwindende Bereitschaft zur Heirat sind wesentliche Gründe. Nur ein Kind zu haben, ist in China heute die soziale Norm. Zwei Generationen haben es nie anders erlebt.

Als Reaktion wurden in China 2021 drei Kinder erlaubt

Als Reaktion auf den Geburtenrückgang und die rapide Überalterung in China wurden 2021 auch drei Kinder erlaubt. Außerdem bemüht sich die Regierung seither, es jungen Paaren leichter zu machen, für Kinder zu sorgen. Die Kosten für Kindergärten und Schulbildung wurden gesenkt. Finanzhilfen wurden gewährt, Mutterschafts- und Elternurlaub erleichtert. Viele Frauen befürchten, dass sich eine Mutterschaft negativ auf ihre berufliche Karriere auswirkt.

So wird in China die Gesellschaft zunehmend älter – wie in westlichen Ländern. Schon länger müssen immer mehr alte Menschen versorgt werden. Jeder fünfte Chinese ist heute älter als 60 Jahre. Unterstützten 2020 fünf Beschäftigte zwischen 20 und 64 Jahren einen älteren Menschen über 65 Jahre, werden es 2050 nur noch 1,5 Arbeitnehmer sein.

Andreas Landwehr,
Anne-Sophie Galli

Leserbriefe

Rhein-Zeitung
Leserbriefe
56055 Koblenz
Fax: 0261/892-122
leserbriefe@rhein-zeitung.net

Ein Priester soll über Jahrzehnte Missbrauch begangen haben.

„Es ist unfassbar“

Was hier passiert, ist unfassbar. Ich befürchte, es ist in ähnlichen Fällen genauso: Zuerst wird versucht, alles unter den Teppich zu kehren. Wenn das nicht funktioniert, schaltet sich Bischof Ackermann ein. Der Leiter der Aufarbeitungskommission wird zurückgepfiffen und der Generalvikar beauftragt. Der wiederum setzt sich mit der saarländischen Kultusministerin in Verbindung, um in einer staatlichen Kommission einen Fuß in der Tür zu haben. Dann muss noch eindeutig geklärt werden, wer die Unwahrheit bezüglich des Vorschlags zur Verbrennung der Bilder gesagt hat. Ob Professor Robbers ein vertrauensvoller Ansprechpartner für Betroffene ist, wie er sich selbst bezeichnet, ist sehr fraglich.

Hubertus Peter, Altrich

„Kann mich nur freundschaftlich schämen“

Zu meiner Kinder- und Jugendzeit durften Mädchen keine Messdienerinnen werden. Das fand ich damals sehr ungerecht. Heute sage ich: „Gott sei Dank!“ Für die Institution Kirche kann ich mich nur freundschaftlich schämen. Ich will nichts verallgemeinern, aber es sind zu viele.

Mechthild Löpki, Urmitz

Britta Ernst, Ehefrau des Kanzlers, ist als Bildungsministerin in Brandenburg zurückgetreten.

„Als Ministerin nur Beiwerk?“

Liebe Rhein-Zeitung, wie sieht in Ihrem Hause die Wertigkeit einer Frau aus? Ist es ein besonders zu betonendes Attribut, die Ehefrau des Bundeskanzlers zu sein, oder ist es nicht etwas ganz anderes, die Bildungsministerin von Brandenburg zu sein? Britta Ernst hat vor Jahren Olaf Scholz geheiratet, der wie sie politische Karriere machte und nun Bundeskanzler ist. Wird sie durch diese Verbindung nur noch zum schmückenden Beiwerk? Oder hätten Sie bei einem plötzlichen Rücktritt unseres derzeitigen Kanzlers der Gleichberechtigung wegen geschrieben „Britta Ernst' Ehemann tritt als Bundeskanzler ab“? Letzteres bezweifle ich sehr.

Heide Weider, Volxheim

Impressum

Rhein-Zeitung

und ihre Heimatausgaben

Herausgeber und Verlag:
Mittelrhein-Verlag GmbH, Koblenz

Verleger: Waltpeter Twer
Geschäftsführer: Thomas Regge

Chefredakteur: Lars Hennemann.
Stellvertreter der Chefredakteur: Thomas Haag.
Mitglieder der Chefredaktion: Nina Borowski, Maximilian Eckhardt (beide Digitales), Dirk Kurz (Redaktionsmanagement).

Leitende Redakteure: Themenmanagement: Tim Kosmetschke, Anke Mersmann. Lokales: Markus Gerhold. Chef vom Dienst: Jörg Peter Herrmann.

Zentralredaktion: Nachrichten und Produktion: Birgit Piel (Ltg.), Dr. Jörg Hilpert, Kathrin Hohberger, Stefanie Lanzrath. Reporter: Dirk Eberz, Christian Kunst, Johannes Mario Löh, Cordula Sailer. Landeskorrespondent: Bastian Hauck. Kultur: Claus Ambrosius (Ltg.), Stefan Schalles. Sport: Jochen Dick (Ltg.), Alessandro Fogolin, Klaus Reimann, Sven Sabock. Sonderaufgaben: Angela Kauer-Schöneich, Petra Mix, Regina Theunissen.

Digitalredaktion: Maurice Brüseke, Lukas Erbeling, Fabian Herbst, Finn Holitzka, Kevin Rühle, Niels Stern, Fabian Strunk, Svenja Wolf. Creative Director: Jens Weber. Webmaster: Thorsten Schneiders.

Wir beziehen die Nachrichtenagenturen dpa und epd.

Kontakt zur Zentralredaktion: Mittelrheinstraße 2-4, 56072 Koblenz, Tel. (0261) 9836-5000, Fax (0261) 892-770. E-Mail: redaktion@rhein-zeitung.net

Mittelrhein-Verlag, Mittelrheinstraße 2-4, 56072 Koblenz (zugleich ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen), Tel. (0261) 892-00, Fax (0261) 892-770, Internet: www.rhein-zeitung.de

Anzeigen: rz-Media GmbH, Mittelrheinstraße 2-4, 56072 Koblenz. Geschäftsführung: Evangelos Botinos

Druck: Industrie Dienstleistungsgesellschaft mbH, 56055 Koblenz, Geschäftsführerin: Dr. Ulrike Schröder

Gegen den Strich von Jürgen Tomicek



Pünktlich!